

Für Saibach:	
Volljährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 „ 20 „
Vierteljährig	2 „ 10 „
Monatlich	— „ 70 „

Mit der Post:	
Volljährig	12 fl.
Halbjährig	6 „
Vierteljährig	3 „

Für Zustellung ins Haus
viertelj. 25 kr., monatl. 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Tagblatt.

Für die einseitige Zeile
à 4 kr., bei wiederholter Ein-
schaltung à 3 kr.
Anzeigen bis 5 Zeilen 20 kr.

Bei größeren Inseraten und
öfterer Einschaltung entspre-
chender Rabatt.

Für complicirten Satz beson-
dere Vergütung.

Ausnahme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 44.

Mittwoch, 24. Februar 1875. — Morgen: Walpurga.

8. Jahrgang.

Verwaltungsreform.

Die Frage einer Reform der politischen Verwaltung ist während der gegenwärtigen Sitzungsperiode auch im Reichsrathe in aller Form angelegt worden, und sie wird, so hoffen wir, nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, bevor sie nicht in annähernd befriedigender Weise ihre Lösung gefunden. Die Meinungen hatten in der Zwischenzeit, wo diese Frage zuerst publicistisch angeregt wurde, bis zu dem Momente, wo der vom Abgeordnetenhaus über Antrag Göllerich's eingesetzte Ausschuss für die Verwaltungsreform die Sache in die Hand nahm, vielfach Gelegenheit, sich zu klären.

Man wird sich erinnern, daß die Frage ursprünglich in der Gestalt von Klagen auftrat, „daß es so auf die Dauer nicht bleiben könne“; jene Aufgaben, welche den Ortsgemeinden im übertragenen Wirkungskreise zugewiesen seien, würden entweder gar nicht oder nur mangelhaft erledigt; die öffentliche Unsicherheit, das Bettel- und Vagabundenwesen nehme überhand; die Schulgesetze würden nur ungenügend durchgeführt, da zahllose Landgemeinden der neuen Ordnung der Dinge weder Verständnis noch guten Willen entgegen bringen, wohl auch in vielen Fällen nicht die Mittel dazu besäßen; die Feld- und Forstpolizei befände sich in einem kläglichen Zustande u. s. w. Solche und ähnliche Klagen bekam man auf jedem Parteitage, in allen Landtagen zu hören. So gelangte man nach und nach zu der richtigen Erkenntnis der Grundursachen des Uebels

und begann die Angelegenheit von einem höhern principiellen Gesichtspunkte aufzufassen.

Während man anfänglich sich damit begnügte, für die einzelnen Mängel vereinzelte Palliativmittel vorzuschlagen, hat man sich endlich mit dem richtigen Gedanken einer umfassenden und systematischen Reform der politischen Verwaltung vertraut gemacht. War man früher sogar hie und da bereit gewesen, ein gutes Stück der kostbaren Gemeinde-Autonomie „dem hungrigen Moloch einer bureaukratischen Reaction in den gierigen Klauen zu werfen“, so fanden sich im Abgeordnetenhaus die verschiedensten Parteilichungen schließlich in dem positiven Vorschlage zusammen: Die Regierung möge auf Grund der gesammelten Erfahrungen geeignete Vorschläge zur Reorganisation der politischen Verwaltung machen. Wie weit die Frage bis nun gediehen, darüber möge folgendes die Anhaltspunkte bieten.

Im Ausschusse des Abgeordnetenhauses für die Verwaltungsreform nahm jüngst der Minister des Innern, Freiherr v. Lasser, das Wort, um sich über die Angelegenheit zu äußern. Er sagte: Der Kern der Frage liege nicht in der politischen Organisation, sondern in der Ortspolizei, und von dort aus müsse wohl der größte Theil der Reformen begonnen werden; es liege dies im Interesse der Autonomie selbst, zumal der Staat im politischen wie im übertragenen Wirkungskreise der Mitwirkung der untersten Organe, der Gemeinde, nicht entbehren könne.

Die Organisation der politischen Behörden nach dem Gesetze vom Jahre 1868 stehe nicht im Wege. Dieselbe sei derart elastisch, daß die politischen Behörden alles übernehmen können, was durch autonome Organe der Verwaltung nicht besorgt werde und der Wirkungskreis derselben sei im großen und ganzen gut abgegrenzt. Die einzelnen Erwägungen des Antrags Göllerich kritischer, gelangte der Minister dazu, die aus denselben gezogenen Schlüsse als nicht zutreffend zu bezeichnen. Die Vermehrung der Bezirkshauptmannschaften wäre ebensowenig dem Bedürfnisse entsprechend als die Anstellung zahlreicher Exposituren, weil es an dem positiven Entscheidungsrechte der staatlichen Organe in Angelegenheiten der Ortspolizei fehle.

Die Reform soll nicht dazu dienen, das, was den Gemeinden unbequem ist und etwa Geld kostet, sowie eine gewisse Verantwortlichkeit mit sich bringt, einfach auf die staatlichen Organe abzuwälzen. Das sei weder im Interesse des Staates noch der Autonomie gelegen. Eine Aenderung der Gemeindegesetzgebung in betreff der Kompetenz bezüglich der Ortspolizei und eine Revision des Organisationsstatutes der politischen Behörden werde genügen.

Dem stimmte Dr. Herbst zum größten Theile bei und beantragte folgende Resolution: „In Erwägung, daß infolge der vielfach vermehrten Agenden der l. l. Bezirkshauptmannschaften der Personalstand zur Bewältigung der gegenwärtigen Geschäfte kaum mehr ausreichend ist, daß über die ungenügende Sorge für die Sicherheit der Person und des Eigen-

Feuilleton.

Der Sa-Manche-Tunnel.

Zur Ergänzung der vielen, in einigen Punkten sehr differirenden Nachrichten, welche über das Project der unterseeischen Verbindung zwischen Frankreich und England bisher in die Oeffentlichkeit gelangten, sind die Mittheilungen von hohem Interesse, welche Michel Chevalier in der letzten Versammlung der Sociétés d'Economie Politique machte. Bekanntlich ist dieser als Ingenieur wie als Volkswirth gleich erfahrene Staatsmann der eigentliche Concessionär des großartigen Unternehmens, also jedenfalls am besten informiert und die verlässlichste Autorität. Ohne in die bereits vor einiger Zeit auch unseren Lesern mitgetheilten Motive des Concessionärgesetzes einzugehen, welches auf Grund einer zwischen der französischen Regierung und der Tunnel-Gesellschaft geschlossenen Convention der letzteren das ausschließliche Recht der Vorarbeiten einräumt, seien bloß die neuen Details erwähnt, welche Michel Chevalier besprach.

Die Eigentümlichkeiten der Meerenge des Pas de Calais — sagt er — liegen weniger in der

geringen Breite, als darin, daß sie von Untiefen frei ist. In dem größeren Theile der Meerenge sind nur 35 bis 40 Meter Wasserhöhe und die bedeutendste Einsenkung reicht nur auf 54 Meter. Ueberdies sind die Gesteinschichten, welchen man voraussichtlich bei der Bohrung begegnen wird, von einer Beschaffenheit, welche man als günstig bezeichnen kann. Es besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß der Tunnel immer in jener sehr dicken Bank von Kreide bleiben wird, welche ebenso deutlich an den Felsenriffen auf der englischen Seite, als an der französischen Küste zu bemerken ist. Einer berechtigten Annahme gemäß dankt die Meerenge ihre Entstehung nicht einer Diluvialfluth, welche die Felsen der ganzen Länge nach durchbrochen hatte, sondern einem einfachen Ausspülen und Abschweemen infolge heftiger Bewegungen des Meeres. Wenn diese Prognose, welche durch gewissenhafte Beobachter gestellt wird, sich bei einer genaueren und aufmerksameren Untersuchung als richtig erweist, so besteht kein Zweifel mehr für das Gelingen des Unternehmens.

Dieser gründlichen Untersuchung wendet jetzt die Tunnel-Gesellschaft ihre ganze Kraft zu, sie besitzt genügende Geldmittel für eine gewissenhafte Durchforschung des Untergrundes. Sie wird ohne

vorgefaßte Meinung, ohne sich auf abenteuerliche Erfahrungen einzulassen und mit der Ueberzeugung vorgehen, daß die moderne Wissenschaft die Macht besitzt, große Hindernisse zu überwinden, wenn ihr die nöthige Ausdauer zur Seite steht. In wenigen Jahren wird die Tunnel-Gesellschaft die Vorfragen erfahrungsmäßig gelöst haben; je nachdem der Erfolg mehr oder weniger wahrscheinlich ist oder je nachdem man im Gegentheile auf die äußersten Schwierigkeiten stößt, wird man das Unternehmen fortsetzen oder aufgeben; aber wenn sich auch diese Gesellschaft zurückzieht, so bedeutet das noch keineswegs, daß die beiden beteiligten Nationen nicht fortarbeiten. Der Gedanke dieser unterirdischen Verbindung zwischen den beiden größten Städten der Welt ist schon in Schriften aus früheren Jahrhunderten ausgesprochen worden; seit einigen Jahren hat sich der französische Ingenieur Thomé de Gammon mit der Propaganda dafür beschäftigt und endlich wird dieser Plan ernstlich in Angriff genommen. Vielleicht gibt in 10 Jahren von heute der Tunnel wieder als ein unausführbares Project, aber gewiß nur für einige Zeit; es ist vielmehr höchst wahrscheinlich, daß, Dank den technischen Fortschritten, das 19. Jahrhundert nicht ablaufen wird, ohne daß der Tunnel eröffnet ist.

thums und über die mangelhafte Handhabung der bestehenden Gesetze vielfach und mit Grund geklagt wird, daß aber das wünschenswerthe Einschreiten der politischen Behörden auf diesem Gebiete bei den großen, mehrere Gerichtsbezirke umfassenden Verwaltungsbezirken nun durch eine entsprechende Verteilung der politischen Verwaltungsorgane in die Bezirke, ohne Vermehrung derselben am Sitze der Bezirkshauptmannschaft, erreichbar scheint; in Erwägung, daß durch eine solche Einrichtung zugleich die Landesvertretungen in die Lage versetzt würden, jene in ihrer gesetzlichen Kompetenz gelegenen Aenderungen der Gemeindeordnung zu beantragen, welche unbeschadet der Gemeindeautonomie den Bedürfnissen der einzelnen Länder in der Richtung entsprechen, daß die den Gemeinden näher gerückten staatlichen Organe kräftig für die Sicherheit der Person und des Eigentums sorgen und in wirksamer Weise auf die Handhabung der bestehenden Gesetze durch die Gemeinden einwirken können, und eine Aenderung der Kompetenz bei gewissen Polizeilagenden, sowie des Instanzenzuges bei diesen Gelegenheiten ermöglicht wäre — wird die Regierung aufgefordert, entsprechende Vorlagen zur Ergänzung des Gesetzes vom 19. Mai 1868 im Sinne der vorstehenden Erwägungen zur verfassungsmäßigen Behandlung zu bringen.“

Minister v. Lasser erklärte, die Resolution als Richtschnur und als eine bedingungsweise Ermächtigung betrachten zu wollen, weitere Erhebungen und Vorlagen zu machen, wobei er sich nicht an den Wortlaut im einzelnen halten und nur den Sinn im großen und ganzen acceptieren könne, wogegen die Reform auch bei der Ortspolizei in Angriff zu nehmen sei. Der Minister besprach hierauf die Möglichkeit in jedem Bezirke Sicherheitscommissäre aufzustellen, welche die staatsanwaltlichen Functionen zu besorgen und auch nach Bedarf die von den Gemeinden nicht zu versiehenden Agenden zu übernehmen hätten. Die von Herbst beantragte Resolution wurde vom Ausschusse angenommen.

Politische Rundschau.

Kaisbach, 24. Februar.

Inland. Letzten Samstag fand im Städtebezirk von Bozen die Reichsraths-Ergänzungswahl an Stelle des verstorbenen Grebner statt. Trotz riesiger Gegenanstrengungen der Clericalen wurde der liberale Candidat Dr. Florian Blas mit 398 Stimmen gewählt. Der ultramontane Candidat Franz v. Zallinger erhielt 197 Stimmen. Um die Mitte des nächsten Monats finden die Landtagswahlen für die der Abstimmungsperiode in Böhmen und Tirol zum Opfer gefallenen Mandate statt. In Böhmen finden die

Auf mehrere Anfragen erklärte Michel Chevalier, daß man dafür vorgesehen hat, die bisher vorhandenen 4,000,000 Francs Gesellschaftskapital, wenn sie sich als unzureichend zeigen, leicht zu vermehren, und daß, wenn man sich einmal auf Grund der Vorarbeiten entschlossen haben wird, den Tunnel zu bauen, die Vollendung nur fünf bis sechs Jahre beanspruchen dürfte. Der ebenfalls in jener Versammlung anwesende Ingenieur de Labry erklärt sich über die Methode der Ausführung dahin, daß man eventuell zu der bei der Tunnelierung des Mont Cenis und des St. Gotthard erprobten Anwendung der comprimierten Luft greifen, dann die in den Vereinigten Staaten jetzt bei Wasserbauten so allgemein angewendete Fundation mittelst Röhren oder Caiffons und comprimierter Luft anwenden werde. Uebrigens habe man im Tunnel, wenn er einmal dem Verkehr übergeben sein wird, die Stagnation der Luft nicht zu besorgen; die durchlaufenden Eisenbahnzüge selbst würden gewissermaßen als mächtige Kolben die Ventilation bewerkstelligen, indem sie die Luft vor sich herschieben und hinter sich nachziehen; endlich genüge eine geringe Verschiedenheit des Niveaus der beiden Endpunkte des Tunnels um eine stetige und natürliche Luftbewegung zu bewerkstelligen.

Landtagswahlen am 15. März in den Landgemeinden, am 18. März in den Städtebezirken; in Tirol, wo im ganzen sechs Mandate erledigt sind, vom 15. bis 18. März nacheinander statt. Von den letzten sechs Mandaten sind fünf durch die Landtagsabstimmungen der wälschtiroler Deputierten, eines durch den Tod des Abgeordneten Christel in Erledigung gekommen.

Wie schrecklich man in Oesterreich die „Kirche aus der Schule hinauswirft,“ das zeigt am besten die Thatsache, daß sich unter den neun ernannten böhmischen Bezirksschulinspectoren nicht weniger als sieben und unter den dreißig Bezirksschulinspectoren für die deutschen Volksschulen vier Geistliche befinden. Mehr als der fünfte Theil sämmtlicher böhmischer Bezirksschulinspectoren gehört somit dem geistlichen Stande an. Auch von den acht Landeschulinspectoren gehörten bis vor kurzem nicht weniger als drei dem Klerus an. Die katholische Kirche hat somit wahrlich keinerlei Ursache, sich über eine Vernachlässigung ihrer Interessen durch die neuen Schulgesetze zu beklagen. Noch interessanter als diese Thatsachen ist die andere, daß die katholische Kirche in Tirol, d. h. das Kirchenregiment in Trient, den Geistlichen die Annahme von Schulinspectorenstellen verbietet, während dies vonseiten der katholischen Kirche in Böhmen nicht geschieht. Die „Kirche“ kann demnach an einzelnen Orten auch ein wenig querköpfig, eigensinnig und rechthaberisch sein.

Der Kaiser ist Sonntag nach Pest gereist, um der Entwicklung der Krise persönlich nahe zu sein. Wann die letztere soweit gediehen sein wird, daß die Frage der neuen Minister zur Lösung an die Krone herantreten kann, ist aber noch gar nicht abzusehen. Die Conferenzen der Parteiführer bei Szlavay sind allerdings sehr glatt abgelaufen, aber nur deshalb, weil man die Differenzpunkte zu berühren sich wohl gehütet hat, und die pester Journale gestehen unumwunden, daß die Parteifusion nicht um einen Schritt vorwärts gekommen ist. Vielleicht überlegt man sich und bildet zuerst die Regierung, und überläßt es ihr, sich eine Partei zu schaffen, anstatt das Ministerium aus den Gewehr bei Fuß einander gegenüberstehenden Parteien entstehen zu lassen.

Ausland. Auf dem Umwege durch das Redactionsbureau des „Westfälischen Merkur“ hat diesmal Pius IX. seine Bulle an den preussischen Episcopat zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Dieselbe ist, der „Germania“ zufolge, schon seit einigen Tagen in die Hände der Bischöfe gelangt, u. z. „um der größeren Sicherheit willen“ durch Privatvermittlung. Die bischöflichen Adressaten berathen noch miteinander, ob es opportun sei, den päpstlichen Brandbrief zu publicieren; aber dem Kaplan des „Westfälischen Merkur“ mag der Geduldssaden gerissen sein und so schob er das Actenstück zur Unzeit los. Nun liegt das famose Scriptum im Wortlaute vor und kann nicht mehr vertuscht werden. Papst Pius IX. „erklärt ganz offen allen, welche es angeht, und dem ganzen katholischen Erdkreise, daß die Waigesetze ungültig sind, da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar widerstreiten“. Es will ihm scheinen, „als ob jene Gesetze nicht freien Bürgern gegeben, um einen vernünftigen Gehorsam zu fordern, sondern Sklaven aufgelegt seien, um den Gehorsam durch des Schreckens Gewalt zu erzwingen“. Der alte Herr erklärt daher, „daß jene gottlosen und alle, welche in Zukunft sich in die Regierung der Kirchen eindrängen, gemäß den heiligen Canones rechtlich und thatsächlich der größeren Excommunication verfallen sind und verfallen“, und er ermahnt „die frommen Gläubigen, daß sie sich von dem Gottesdienste derselben fernhalten, von ihnen die Sacramente nicht empfangen und so sich vorsichtig des Umganges und Verkehrs mit denselben enthalten, damit nicht der böse Sauerteig die gute Masse verderbe.“ Nach diesen Stichproben ist es begreiflich, daß die Staatsanwaltschaft in dem Schrift-

stücke eine Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze erblickte und die „Germania“ sowie den „Westfälischen Merkur“ confiscierte. Die deutschen Blätter sprechen aber der Bulle einerseits jegliche Bedeutung ab, andererseits weisen sie den in derselben enthaltenen directen Eingriff in die preussischen Kirchenwirren auf das entschiedenste zurück. Darin sind alle Stimmen einig, daß nach dieser Rundgebung alle Brücken zwischen dem Staate und der Curie abgebrochen sind.

Neben diesem päpstlichen Brandbriefe beschäftigt die Bismarck-Krise noch immer die deutschen Blätter. Hinsichtlich einer Vertretung des Reichstanzlers schreibt man der „Elberfelder Btg.“, daß alle Combinationen, welche von einem Succurs durch einen anderen Staatsmann, insbesondere durch den Fürsten Hohenlohe, zu erzählen wissen, vollständig erfunden seien. Man weist darauf hin, daß, falls Bismarck einmal eines längeren Urlaubes bedürfen sollte, die Organisation der Reichsbehörden trotz mangelnder Reichsministerien bereits eine derartige sei, daß die Vertreter des Fürsten in den einzelnen Ressorts nicht erst gesucht zu werden brauchen, sondern sich, wie bekannt, bereits an ihren Plätzen befinden.

In Frankreich haben wir eine erfreuliche Thatsache zu verzeichnen. Die vereinigten republikanischen Parteien haben den Wallon'schen Senatsgesetz-Entwurf acceptiert, und ist somit dessen Annahme durch die Kammer außer Frage gestellt. Der einzige Republikaner, der dagegen sprach und den Wallon'schen Entwurf als ausschließlich den orleanistischen Interessen dienend bezeichnete, war Jules Grévy, der ehemalige Kammerpräsident und Freund Thiers! Dieser letztere Umstand mag zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben haben, daß Thiers selbst gegen den Wallon'schen Entwurf sei, weil er das Zustandekommen der Republik unter Mac Mahon nicht wünsche und die Auflösung herbeiführen wolle.

Auf dem spanischen Kriegsschauplatz herrscht Friede. Die Truppen verschanzen sich, die Generalstabsoffiziere — gehen auf Urlaub. Von dem großen Siege hat man weiter nichts gehört. Die Rückkehr des Königs nach Madrid soll zunächst auf Wunsch der Generale erfolgt sein, denn es bedurfte immer einer ganzen Division, um die Straße zu decken, auf welcher Alfons XII. dahinzog. Das „Regentschafts-Ministerium“ hat diesen Titel abgelegt und heißt jetzt Ministerium schlechweg. General Loma's Berichte aus Guipuzcoa sprechen von der Tapferkeit seiner Truppen, aber ausgerichtet hat er doch nichts. Aus Bayonne kommt die Bestätigung der Thatsache, daß die Carlisten auf den englischen Dampfer geschossen haben, der zwischen Santander und Junterabia ein unterseefisches Kabel legen wollte, aber wegen des carlistischen Feuers die Arbeit einstellen mußten.

Nach einem madridener Telegramme ist die „Virginius“-Affaire nunmehr definitiv erledigt, so daß keine Schwierigkeit mehr zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten vorhanden sei.

Zur Tagesgeschichte.

— „Internationale Handelskammer.“ Eine große, den Continent Europa's umfassende Liga wird von den englischen Handelskammern London, Liverpool, Manchester und Glasgow im Vereine mit den Herren Michel Chevalier und Wolowski, den bekannten franz. Nationalökonom und dem österr. Generalconsul Bauer geplant. Die Liga soll, so wird in wiener diplomatischen Kreisen erzählt, den Namen einer „internationalen Handelskammer“ annehmen und auf die Errichtung internationaler Tribunale hinarbeiten und die Vermittlung zwischen Production und Consumption anstreben. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß unter dieser harmlosen Firma ganz andere Dinge noch sich bergen und daß damit hauptsächlich gegen die schutzamerikanische Bewegung Front gemacht werden soll.

— Wie das „Siedenburgisch-deutsche Tagblatt“ mittheilt, wird der rumänische Justizminister alle

Antismisbräuche, welche bei Gelegenheit der Erwerbung der Concession der Jassy-Czernowitzer Eisenbahn begangen wurden, ernieren und bestrafen. Der Staatsprocurator erhielt deshalb den Auftrag, den Director der rumänischen Bank, Herz, zu verhaften, daß er die Namen aller Rumänen nenne, welche Osenheim und Compagnie mit Geld beihilft haben.

— Ein Opfer des Lotto. Aus St. Pölten wird geschrieben: „Ich erlaube mir, als argumentative Beihilfe zu den in ihrem geschätzten Blatte wiederholt erschienenen Auseinandersetzungen über die Immoralität des kleinen Lottospiels ein Factum zu berichten, das sich hierorts diese Woche zugetragen hat. A. Geier, Näherin, Lottospielerin von Profession, soll ihre ganze Barschaft von 200 fl. auf Misconto „verseht“ haben, und da der „Terno“ ausblieb, stürzte sie sich in den hiesigen sogenannten Bischofsbach, aus welchem sie erst nach drei Tagen todt herausgezogen wurde. Die Damen des St. Pöltener Eislaufvereines hatten gewiß keine Ahnung, daß unter der Eiskecke, auf der sie auf und niederschwebten, eine Unglückliche schon zwei Tage begraben liegt.“

— Historische Entdeckungen. Hr. George Smith hat dem „Athenäum“ zufolge unter den assyrischen Schrifttafeln im British Museum die Legende von dem Bau des Thurmes von Babel entdeckt. Diese Entdeckung ist ganz ebenso wichtig, wie die der Tafel über die Sintfluth im vorigen Jahre durch denselben Forscher. Gleichzeitig erfährt das gedachte Blatt, daß jüngst ein wichtiges Document entdeckt wurde, das ein neues Licht auf den Prozeß der Königin Marie von Schottland wirft.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Wahlbestätigung.) Die Wahlen der Herren Alexander Dreo zum Präsidenten und Karl Luchmann zum Vicepräsidenten der krainischen Handels- und Gewerbetammer erhielten die ministerielle Bestätigung.

— (Graf Marenzi), Concipist der krainischen Landesregierung, konnte bereits mit dem gestrigen Nachmittagspostzuge nach Triest überführt werden.

— (Anerkennung.) Gleichwie nach dem Leichenbegängnisse Dr. Gofia's Herrn Franz Doberlet für seine unerschöpfliche und erfolgreiche Einflußnahme bei jener Trauerfeierlichkeit von den verschiedensten Seiten öffentliche Anerkennung zutheil wurde, findet jetzt auch Frau Josefine Terpinz sich gedrungen, Herrn Doberlet aus Anlaß des Leichenbegängnisses unseres hochgeachteten Mitbürgers Fidelis Terpinz ihren Dank auszudrücken. Beide Anerkennungen, obgleich von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehend, enthalten eine neuerliche Bestätigung der Wohlthaten, die eine gut geleitete Beerdigungsanstalt bei so trauriger Veranlassung den hinterbliebenen, von Schmerz erfüllten Angehörigen gewährt. Warum ein Theil des Clerus der gedachten Leichenbestattungsanstalt noch immer hartnäckig Hindernisse in den Weg legt, bleibt um so räthselhafter, als die Kirche und ihre Diener durch sie nicht einen Kreuzer ihrer üblichen Todtengebühren einbüßen.

— (Für Errichtung der städtischen Musiklavelle) sind an weiteren Spenden eingegangen: von den Herrn Dr. J. P. 5 fl.; G. Köfcl, Pfarrer, 2 fl.; Holz 1 fl.; Johann Berhob 1 fl.; Andreas Satriascheg 3 fl.; Franz Koran, Pfarrer, 2 fl.; S. 2 fl.

— (Der „Nesse des Grafen Hohenwart“) Die Unternehmung gegen den ehemaligen Hofmeister der Baronin Stehle, Karl Brus, welcher bekanntlich als „Nesse des Grafen Hohenwart“ große Betrügereien verübte und vor kurzem dem Kreisgerichte Wiener-Neustadt eingeliefert wurde, wird sich, wie dem „N. W. Z.“ mitgetheilt wird, weiter erschrecken, als anfänglich vermuthet werden konnte. Brus erscheint nemlich verdächtig, den Studenten Supanz, der seit mehreren Jahren verschollen ist und dessen Zeugnisse im Besitze des verhafteten Schwindlers gefunden wurden, ermordet zu haben. Auch das räthselhafte Verschollensein der Baronin Stehle, welche mit ihm zugleich im Jahre 1871 nachsteht, gibt Stoff zu Erhebungen.

— (Zur Eisenbahnfrage Triest-Lad.) In Triest fand Sonntag den 21. d. M. eine Volksversammlung zur Erörterung der Eisenbahnfrage statt. In dem zahlreich besuchten öffentlichen Meeting wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute abgehaltene Volksversammlung der Bewohner von Triest, dem Beschlusse des

hiesigen Stadtrathes, welcher in der Sitzung vom 29. Jänner l. J. gefaßt wurde, Beifall zollend, erkennt als dringende Nothwendigkeit: 1. daß eine zweite und unabhängige Eisenbahn-Verbindung Triests mit den Ländern und Königreichen im Innern der Monarchie und dies mittelst der Verlängerung der Rudolfsbahn bis nach Triest, in möglichst kurzer Zeit beschloffen, gebaut und eröffnet werde; 2. daß zu diesem Ende der projectierten Linie Triest-Lad der Vorzug gegeben werde, weil dieselbe wegen der Kürze, des leichten und prompten Baues und der geringern Kosten für den Staat und für Triest vortheilhafter ist und überdies die nachträgliche Abzweigung von Lad nach Laubendorf oder Klagenfurt je nach den Verträgen und den Bedürfnissen der mitinteressierten Provinzen ermöglicht; 3. daß diese Resolution durch Fürsorge des Comités zur Kenntnis beider Häuser des hohen Reichsrathes gebracht werde, auf daß dieselbe in Erwägung gezogen und demgemäß angenommen werde, und gleichzeitig sei eine authentische Abschrift dieser Resolution und des Verbal-Processes dem löblichen Arbeiterverein zu übergeben, welcher Verwahrer dieser Actuade bleibt.“

— (Warum der heutige Winter so kalt ist.) Die außerordentliche Strenge des heurigen Winters wird der in diesem Jahre eingetretenen periodischen starken Anballung von Sonnenflecken zugeschrieben. Da der Winter eigentlich dadurch herbeigeführt wird, daß die Wärme-Ausstrahlung der einen Erdhälfte in den langen Nächten eine größere ist, als die Wärme-Aufsaugung während der kurzen Tage, die die Sonne überdies nur mit schrägfallenden, weniger wärmeentwickelnden Strahlen bescheint, so wird dieses Mißverhältnis durch eine partielle Verdunklung der erwärmenden Sonne noch gesteigert. Diese kosmischen Ursachen des strengen Winters gestatten jedoch keinen Schluß auf die Temperatur des nächsten Sommers. Wohl aber die tellurischen Ursachen. Die Wintertemperatur wird noch tiefer gemacht durch das Ueberwiegen der arktischen Luftströmung. Bei der ständigen Circulation der Luft, dem Zufließen der erwärmten äquatorialen zu den Polen und dem Abfließen der erkalteten zum Aequator, wird der Winter dort strenger, wo die Polarströmung der Luft zieht, dort milder, wo die Äquatorialströmung fließt. Die erstere herrscht jetzt bei uns vor; es bläst aus Nord-, Nordost- und Ost. Das sind Winde, welche die arktische Kälte südwärts tragen und darum kalte Winter bringen. Aber sie sind auch gefättigt mit den feuchten Niederschlägen der Polarzone, darum haben sie starken Schneefall im Gefolge und lagern in unserem Boden, in unserer Atmosphäre so viel Feuchtigkeit ab, daß gewöhnlich auch noch für den Sommer genug bleibt. Durch solche Luftströmung hervorgerufene kalte Winter haben in der Regel feuchte Sommer im Gefolge. — Nun prophezeie sich das kommende Sommerwetter jeder selbst.

— (Die vierte Wagenklasse auf den österreichisch-ungarischen Bahnen.) Da aus den bisher bezüglich der auf mehreren österreichisch-ungarischen Bahnen bestehenden vierten Personenklasse erlangten Erfahrungen der Nutzen derselben sowohl für die betreffenden Bahnen als für das Publicum sich unzweifelhaft herausgestellt hat, so wurde von dem Ministerium der Beschluß gefaßt, sämtliche Bahnverwaltungen, bei denen die vierte Wagenklasse noch nicht besteht, aufzufordern, letztere binnen einer Frist von drei Jahren einzuführen.

— (Zur Nachahmung.) Zur Erhaltung unserer Wälder dürfen Forstgeseh und Forstinspektoren zusammengenommen kaum so viel beitragen als ein zweckmäßiger Unterricht, wodurch schon in der Jugend Liebe und Verständnis für den Wald und Lust zur Waldkultur geweckt werden. In dieser Richtung harret unserer Landschulen noch eine große und segensreiche Aufgabe. Dem Bezirkskulturrath Liezen, Nottenmann und St. Gallen in Steiermark gebührt das Verdienst, eine derartige praktische Volkserziehung schon im vorigen Jahre dadurch angestrebt zu haben, daß derselbe sich an den alp- und forstwirtschaftlichen Verein wendete und 21 Schulen mit Samen der anbauwürdigsten Holzarten betheilte. Dieses Vorgehen verdient nicht nur alle Anerkennung, sondern auch Nachahmung in weiteren Kreisen.

— (Außer Kurs gesetzte Münzen.) Das Finanzministerium hat angeordnet, daß die im Erlasse vom 21. October 1862 angeführten Kronenthaler der deutschen Staaten, welche im deutschen Reiche bereits außer Kurs gesetzt wurden, bei Zollzahlungen nicht angenommen werden dürfen. Zugleich wurde erinnert, daß Conventionsmünzen

Speciesthaler süddeutschen Gepräges als gesetzliche Zahlungsmittel nicht zugelassen waren, daher auch demalsten nach ihrer Außercurssetzung im deutschen Reiche zu Zollzahlungen nicht verwendet werden können.

— (Für Stenographen.) In Teplitz erscheint eine Stenographenzeitung unter dem Titel „Teplitzer Stenographenblatt.“ Da dasselbe bei seinem Erscheinen in den weitesten Kreisen lebhaft begrüßt wurde und zu einem Unterhaltungs- und Uebungsblatt für die Stenographie-Besessenen bestimmt ist, so stehen wir nicht an, dasselbe der Stenographischen Lesewelt wärmstens zu empfehlen. Seinem Inhalte nach bringt es: 1. Mittheilungen aus dem teplitzer Stenographenvereine, 2. Correspondenzen aus anderen Stenographenvereinen, 3. Aufsätze über Stenographie, 4. Reden und Vorträge, welche in Teplitz gehalten werden und ein allgemeines Interesse beanspruchen dürfen, 5. Zeitgemäße, schönwissenschaftliche Artikel, 6. Referate über die neuesten Erscheinungen der Stenographischen Literatur, 7. Stenographische Bilderäthsel. Der Inhalt des „Teplitzer Stenographenblattes“ wird zum größeren Theile in Correspondenzschrift und nur zum geringeren Theile mit mehr oder minder zahlreichen Kürzungen wiedergegeben, so daß das Blatt sowohl für Anfänger in der Stenographie als auch für praktische Stenographen geeignet erscheint. Der freudige Anklang, welchen der erste Jahrgang gefunden, hat die Redaction veranlaßt, den Inhalt des „Teplitzer Stenographenblattes“ für das Jahr 1875 zu verdoppeln, so daß präcis am 15ten jeden Monats eine Nummer zu acht Seiten zur Verfendung gelangen wird. Der jährliche Abonnementspreis ist einschließlich der portofreien Zusendung der einzelnen Nummern auf einen Gulden österr. Währ. festgesetzt und können die Beträge entweder bar, in Briefmarken oder durch Post-einzahlung an Otto Krebs, Teplitz, grüne Ringgasse 24, I. eingesendet werden. Der Bestellung wolle die genaue Adresse des Abonnenten eingeschickt werden.

— (Was sollen wir mit unseren Töchtern thun?) Ein Menschenfreund antwortet darauf in den „Chemn. Nachr.“ wie folgt: Gebt ihnen eine ordentliche Schulbildung. Lehrt sie ein nahrhaftes Essen kochen. Lehrt sie waschen, bügeln, Strümpfe stopfen, Knöpfe annähen, ihre eigenen Kleider machen und ein ordentliches Hemd. Lehrt sie Brod backen und daß eine gute Küche viel an der Apotheke spart. Lehrt ihnen, daß eine Mark hundert Pfennig werth ist, und daß nur derjenige spart, der weniger ausgibt als er einnimmt, und daß alle, die mehr ausgeben, verarmen müssen. Lehrt ihnen, daß ein bezahltes Kattunkleid besser kleidet, als ein seidenes, wenn man Schulden hat. Lehrt ihnen, daß ein rundes, volles Gesicht mehr werth ist, als fünfzig schwindelartige Schönheiten. Lehrt sie gute starke Schuhe tragen. Lehrt sie Einkäufe managen und nachrechnen, ob die Rechnung auch stimmt. Lehrt ihnen, daß sie Gottes Ebenbild mit starkem Schülken bloß verderben können. Lehrt ihnen einfachen, gesunden Menschenverstand, Selbstvertrauen, Selbsthilfe und Arbeitsamkeit. Lehrt ihnen, daß ein rechtschaffener Handwerker in Hemdärmeln und der Schürze, selbst ohne einen Pfennig Vermögen mehr werth ist, als ein Duzend reichgekleideter und vornehmer Tageelbe. Lehrt ihnen Gartenarbeit und die Freuden der freien Natur. Lehrt ihnen, wenn ihr Geld dazu habt, auch Musik, Malerei und alle Künste, bedenkt aber immer, daß es Nebensachen sind. Lehrt ihnen, daß Spaziergänge besser sind als Spazierfahrten, und daß die wilden Blumen gar schön sind für den, der sie aufmerksam betrachtet. Lehrt sie allen bloßen Schein verachten, und daß, wenn man nein oder ja sagt, man es auch wirklich so meinen soll. Lehrt ihnen, daß das Glück in der Ehe weder von dem äußeren Anstand, noch von dem Gelde des Mannes abhängt, sondern allein von seinem Charakter. Habt ihr ihnen das beigebracht und sie habens verstanden, dann laßt sie, wenn die Zeit gekommen ist, getroßt heiraten; sie werden ihren Weg dann schon allein finden.

Witterung.

Paibach, 24. Februar.

Morgens und vormittags heiter, nachmittags leichte Bewölkung, schwacher West Temperatur: morgens 6 Uhr — 18°; nachmittags 2 Uhr — 4.2° C. (1874, + 5.6°; 1873 + 4.7° C.) Barometer im Falle 732.41 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Temperatur — 11.2° um 11.1° unter dem Normale.

Angelommene Fremde.

Am 24. Februar.

Hotel Stadt Wien. Heller, Kaufm., Graz. — Polatsch, Wien. — Pojar, I. I. Beamter, Gottschee.
Hotel Elefant. Graf Marenzi, Feldmarschalllieut., Trieste. — Mandry, Klagenfurt. — Komauk, Kaufm., Wien. — Dvorn, Radmannsdorf. — Blahna, Lederer und Rizzoli, Reifnitz.
Hotel Europa. Grunauer, Agram.
Kaiser von Oesterreich. Hofner, Realschullehrer, Laib.

Gedenktafel

über die am 26. Februar 1875 stattfindenden Auctationen.

- 3. Feilb., Jnatitsch'sche Real., Gottschee, BG. Gottschee.
- 1. Feilb., Prosem'sche Real., Kretnitzberg, BG. Pittai.
- 1. Feilb., Oberster'sche Real., Bizajc, BG. Seisenberg.
- 1. Feilb., Stufca'sche Real., Bizajc, BG. Seisenberg.
- 2. Feilb., Kofler'sche Real., Razendorf, BG. Gottschee.

Theater.

Heute: „Der Statthalter von Bengalen.“
 Schauspiel in 4 Acten von Dr. Heinrich Laube.

Morgen: Zum Vortbeile des Opersängers L. Dalfy.
 Die Stumme von Portici. Romantische Oper in 5 Acten von Scribe u. Delavigne. Musik von D. F. Esp. Auber.

Wiener Börse vom 23. Februar.

Staatsfonds.		Gold Ware		Pfandbriefe.		Gold Ware	
5perc. Rente, öst. Pap.	71	71	10	Allg. öst. Bob.-Credit.	86	50	97
do. do. öst. in Silber	78	80	75	do. in 53 3/4	87	—	87
Loose von 1854	104	75	105	—	95	75	95
Loose von 1860, ganze	112	—	112	25	88	75	87
Loose von 1860, Hünst.	114	75	115	25	—	—	—
Prämienf. v. 1864	140	75	141	—	—	—	—
Grundent.-Obl.		Action.		Lose.		Wechs. (3Mon.)	
Siebenbürg.	76	—	76	25	Credit-Loose	167	—
Ungarn	79	50	80	—	Kaboll's-Loose	13	75
—	—	—	—	—	—	—	—
Anglo-Bank	152	10	138	75	—	—	—
Creditanstalt	220	5	230	75	—	—	—
Depositenbank	127	—	128	—	—	—	—
Compt. Anstalt	81	—	81	5	—	—	—
Frango-Bank	53	25	53	25	—	—	—
Handelsbank	62	50	63	—	—	—	—
Nationalbank	962	—	963	—	—	—	—
Öst. Bankgezell.	—	—	—	—	—	—	—
Univ.-Bank	101	40	101	60	—	—	—
Vereinsbank	32	25	32	50	—	—	—
Verkehrsbank	88	—	88	50	—	—	—
Alföld-Bahn	128	—	128	50	—	—	—
Karl-Ludwig-Bahn	250	50	251	—	—	—	—
Kais. Elisabeth-Bahn	182	50	183	—	—	—	—
Kais. Franz-Josephs	168	50	168	—	—	—	—
Staatsbahn	232	—	232	50	—	—	—
Südbahn	133	—	133	25	—	—	—

Telegraphischer Coursbericht

am 24. Februar
 Papier-Rente 70 90 — Silber-Rente 75 80 — 1860er
 Staats-Anlehen 111 60 — Bankactien 963. — Credit 219 50

London 111 35 — Silber 105 60 — K. I. Münz ducaten — — — 20-Francs Stücke 8 89. — 100 Reichsmark — — —

Herrn Franz Oberlet

Laibach.

Euer Wohlgeboren!

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen für die freundliche Unterstüßung, mit welcher Sie anlässlich des Begräbnisses meines theuern Gatten mir und meiner Familie beistanden hiemit meinen besten, aufrichtigen Dank abzusprechen.

Achtungsvoll

(129)

Josefine Terpinj

Echter symier und flavonischer

Slivovitz

bei

L. L. Hirsch & Comp.

Sissek,

je nach Qualität von fl. 22 per Eimer aufwärts franco Gebinde ab sisseler Bahn erhältlich. Auf Verlangen wird Muster gesendet.

(105) 10-5

CREDIT-VEREIN

der

Krainischen Sparkasse in Laibach.

Nachdem die Statuten des Creditvereines der Krainischen Sparkasse in Laibach von der hiesigen hohen k. k. Landesregierung am 28. September v. J., Z. 7571, über Ermächtigung des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 31. März 1874, Z. 3722, und 22. Juli 1874, Z. 9178, genehmiget wurden, werden jene in der Hauptstadt Laibach und am flachen Lande des Kronlandes Krain domicilierenden Personen oder Firmen, welche als Credittheilnehmer dem Vereine beitreten wollen, hiemit eingeladen, ihre diesbezügliche Erklärung abzugeben.

Bemerkt wird, daß Credittheilnehmer des Vereines nur jene Personen sein können, welche in Krain domicilieren, oder jene Firmen, die in Krain ihre Geschäfte selbständig betreiben und mit Rücksicht auf die Ehrenhaftigkeit ihres Charakters, ihrer Erwerbsfähigkeit und Solvenz zur Aufnahme in den Creditverein geeignet erkannt werden.

Jeder Creditwerber, welcher in den Creditverein aufgenommen wird, ist verpflichtet, 10 Prozent des ihm eröffneten Crediten binnen Monatsfrist zum Sicherheitsfonde des Vereines und 1/4 Prozent für dessen Reservefond im Varen zu erlegen, diesfällige Beträge werden zu statutenmäßigen Geschäften verwendet und den Credittheilnehmern jährlich nach dem jeweilig für die Sparkasse-Interessenten bestehenden Zinsfusse verzinst.

Die Wechsel, welche mindestens auf 20 fl. zu lauten haben, dürfen vom Tage der Einreichung in der Regel nicht über vier Monate, keinesfalls aber über 6 Monate laufen.

Der niedrigste Gesamtkredit, welcher einem Theilnehmer gewährt werden kann, wird mit 100 fl. festgesetzt, der höchste darf die Summe von 15,000 fl. nicht übersteigen.

Alle weiteren Bedingungen enthalten die Statuten, welche sammt den Gesuchsblanketten in der Sparkassencanzlei zur Vertheilung ausliegen, und werden auf Wunsch gegen Verichtigung der Portogebühr auch mittelst Post zugesendet.

Laibach, am 20. Februar 1875.

(124) 3-2

Direction der Krainischen Sparkasse.